

Ressort: Politik

## Die Zukunft des Euro, ist die Zukunft Europas

### Die wahrscheinlichsten Szenarien

Europa, 04.10.2014, 07:36 Uhr

**GDN** - Die Eurozone und insbesondere der Euro (Währung) sind nach wie vor in einer tiefen Krise, die sich jetzt immer mehr nach Norden ausbreitet. Von der Zukunft des Euro, hängt aber letztlich die Zukunft Europas ab. Es gibt mehrere Szenarien, welche diese Krise in ihrer Konsequenz zu Folge haben könnte.

Wenn man eine Währungsreform in mehreren Ländern durchführen möchte, mit dem Ziel, dass die Reform dazu führt, dass alle Länder dieselbe Währung erhalten (Währungsunion), dann müssen diese Länder schon vorher zu einem zentralistisch regierten politischen Konstrukt zusammengeführt worden sein. Denn dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass diese neue Währung auch langfristig stabil bleiben kann.

Bei der Einführung des Euro hat man es aber genau gegenteilig gemacht, auch wenn man dabei natürlich schon die politische Union im Hinterkopf gehabt hat. Denn das ist schließlich die logische Folge, betrachtet man die untrennbare Zusammengehörigkeit zwischen einer Währungsunion und einer politischen Union. Das Eine kann ohne das Andere langfristig gesehen nicht funktionieren.

Sicherlich gab und gibt es mehrere Faktoren, die letztlich zum Crash des Euro geführt haben, doch dieser Umstand war sicherlich ein wesentlicher. Ein recht einfach gehaltenes sinnbildliches Beispiel möge dies verdeutlichen; Ein staatliches Konstrukt, egal wie groß dies ist, wird zentralistisch regiert und gehaushaltet. Dadurch hat man einen gewissen Gesamtüberblick auf alle Einnahmen und Ausgaben und kann dadurch vernünftig wirtschaften. Speziell betrifft dies auch die Staatsverschuldung. Dies alles entscheidet letztlich über die Stärke und die Stabilität einer Währung.

Bei einer gemeinsamen Währung die sich verschiedene, mehr oder weniger unabhängige, Staaten untereinander teilen, sieht die Angelegenheit etwas anders aus. Das erste Grundproblem dabei ist, dass alle einzelnen Staaten eine andere wirtschaftliche Geschwindigkeit haben. Diese verschiedenen Geschwindigkeiten nun seriös unter einem einzigen Dach zu vereinen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Je mehr Staaten daran beteiligt sind, desto schwieriger wird die Sache.

Deswegen bediente man sich bei der Euro-Einführung mehrerer Tricks. Zum Beispiel wurde die Obergrenze der Staatsverschuldung sehr weit oben angesetzt. Natürlich mussten die einzelnen Staaten ihre Bilanzen der EU-Kommission in Brüssel bereitstellen. Was diese auch getan haben, nur waren die Zahlen mancher Länder geschönt oder gesundradiert.

Zudem hatte man auch noch den Leitzins so niedrig (Rekordtief) angesetzt, mit dem dann viele Staaten und Investoren zu günstigen Kreditannahmen verleitet wurden. Die Gesamtschuldenmenge von Staaten und Investoren stieg dadurch enorm in die Höhe.

Doch als die Bilanzfälschungen aufgefliegen waren, kam es dann 2009 zum Euro-Crash, der einen Dominoeffekt auslöste. Betroffen war und ist die ganze Eurozone von Irland bis Griechenland. Vor allem ganze Staaten, das Bankenwesen, die Immobilienbranche und die Wirtschaft generell sind in den Abwärtssog hineingerissen worden.

Das sind die direkten Folgen von dieser grundsätzlich falschen Entscheidung, bezüglich der Einführung des Euro in den EU-Ländern. Möglicherweise hatte man ja ursprünglich den Plan gehabt, baldigst nach der Einführung des Euro auch die politische Union umzusetzen, aber dies ist bis heute noch nicht gelungen.

In diesem Zusammenhang versteht man auch, dass sich vor allem die wirtschaftsnahen EU-KommissarInnen für eine politische Union wie den "Vereinigten Staaten von Europa" einsetzen. Das die "Vereinigten Staaten von Europa" noch nicht umgesetzt worden sind, hat mehrere Gründe. Dazu zählen sicherlich, dass sich im gesamten EU-Raum eine immer deutlichere Anti-EU-Stimmung bildet, manche Länder haben sogar schon mit dem Austritt gedroht. Es gibt also anscheinend keinen 100%igen internen Zusammenhalt mehr in der Union.

Auch herrscht eine große Unzufriedenheit darüber, dass vor allem die reichen EU-Länder die armen krisengeschüttelten Mitgliedsstaaten permanent retten müssen. So tragen Deutschland und Frankreich zurzeit die größte Bürde. Doch vor allem

Deutschland trägt einen sehr großen Beitrag, die angeschlagenen Euroländer zu retten. Dadurch nimmt sich Deutschland das Recht heraus, diesen Ländern Auflagen zu diktieren. Dieses Faktum trägt nun in machen EU-Ländern noch mehr zur Verschärfung der Lage bei. Denn die Länder wollen sich von Deutschland nicht diktieren lassen, aber auch umgekehrt sieht Deutschland es nicht ein, die Rechnung fast alleine bezahlen zu müssen.

Im Folgenden werden die wahrscheinlichsten Szenarien aufgelistet, die bis zum Jahre 2020 auf uns zukommen könnten. Die Wahrscheinlichkeit, dass eines dieser Szenarien Realität wird ist ziemlich hoch, denn die EU befindet sich unter massiven Zugzwang. Die Frage ist jetzt welches Szenario eintreten wird. Doch letztlich können wir nur zwischen Regen und Traufe wählen. Fest steht jedenfalls, dass jedes einzelne Szenario erhebliche Auswirkungen auf unser Leben sowie für die gesamte EU haben wird.

### **1. Die Eurorettung auf Kosten der BürgerInnen**

Wenn man den Euro in der momentanen EU-Konstellation retten möchte, dann geht dies nur indem die europäischen BürgerInnen diese Rechnung bezahlen. Die Folge davon sind drastische Sparmaßnahmen, auf die sich die BürgerInnen einstellen müssen. Der momentane "Wohlstand" wird sehr stark beschnitten und beschränkt werden. Die möglichen Folgen dieser Lösung, sind jedoch aktuell nicht abzusehen. Es ist aber davon auszugehen, dass dies einen großen Unmut in der Bevölkerung auslösen würde.

### **2. Die Zwei-Regionen-Union**

Ein mögliches Szenario wäre natürlich auch die Teilung Europas, in eine starke nördliche und eine schwache südliche Union. Doch dieses Szenario würde die Refinanzierungsprobleme, speziell der Länder die der südlichen Union angehören, nicht lösen. Diese Lösung beinhaltet aber auch noch einige andere Probleme, unter anderem müsste man dann einen Nord-Euro und einen Süd-Euro einführen. Doch was hätte man dann? Ein gesundes Nordeuropa und ein krankes Südeuropa? Ein Europa mit zwei Geschwindigkeiten? Auf längere Sicht gesehen würde dieses Konzept auch nur zum Chaos führen.

### **3. Der Ausstieg schwacher Euro-Länder aus der Union**

Diese Möglichkeit würde schon öfter angedacht, jedoch birgt diese Variante sehr viele Gefahren in sich. Denn Staaten und Gläubiger sowie die davon betroffenen Völker würden darunter stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese Lösung würde letztlich noch mehr Schaden anrichten als gutmachen, da es die nächste Krise bzw. eine Verschärfung der derzeitigen Krise auslösen würde. Der Zusammenbruch der Wirtschaft und mögliche Unruhen im gesamten EU-Raum könnten die Folge davon sein.

### **4. Der Zusammenbruch der Eurozone und die Auflösung der Europäischen Union**

Kann man den Euro nicht mehr retten, da es unbezahlbar ist, dann werden bei dieser Möglichkeit die Finanzmärkte und die Volkswirtschaften gänzlich zusammenbrechen und bürgerkriegsähnliche Zustände würden sich in (fast) ganz Europa ausbreiten. Wir würden in eine Wirtschaftskrise stürzen wie sie die Welt seit den 1930iger Jahren nicht mehr gesehen hat.

Die Folgen davon wären unter anderem, Flüchtlingsströme in vielen EU-Ländern und die Auflösung mehrerer Demokratien in Europa. Zudem muss man mit dem Einsatz der Europäischen Gendarmerietruppe (EUROGENDFOR) rechnen. Diese Einheit ist eine etwa 3000 Mann starke militärische Polizeigruppe, die ihren Sitz in Vincenza (Italien) hat. Diese Polizei-Soldaten könnten mit einem EU-Mandat bei Konflikten in ganz Europa eingesetzt werden und zum Beispiel das Militär und/oder die regionale Polizei unterstützen.

### **5. Die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa**

Die letzte Möglichkeit den Euro wieder auf Kurs zu bringen und die Lage mehr oder weniger unter Kontrolle zu bringen, ist die Gründung der "Vereinigten Staaten von Europa". Bei dieser Lösung werden aber sämtliche Nationalstaaten aufgelöst und die EU-Kommission übernimmt die Regierung sämtlicher ehemals souveräner Mitgliedsstaaten. Das würde das Ende aller Demokratien und das Ende der Souveränität der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bedeuten. Die Volks-Regierungen würden dann von einer zentralistischen Konzern-Regierung, die in Brüssel ihren Sitz hat, abgelöst werden.

## **Fazit**

Ein glimpflicher Ausgang der Krise ist, so wie es sich im Moment darstellt, eher unwahrscheinlich. Zu groß ist der entstandene Schaden, zu groß die Differenzen innerhalb der Eurozone. Ein weiterer Hindernisgrund, die Lage baldigst zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu lösen, ist sicherlich auch das weiterhin bestehende wirtschaftliche Ungleichgewicht der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Letzten Endes werden, egal in welchem Falle, die BürgerInnen die Rechnung bezahlen müssen. Bleibt nur zu hoffen über, dass es wenigstens nur Geld kostet und nicht auch unsere Demokratien und Rechtsstaatlichkeit.

## **Bericht online:**

<https://www.germindailynews.com/bericht-42209/die-zukunft-des-euro-ist-die-zukunft-europas.html>

## **Redaktion und Verantwortlichkeit:**

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Roalnd Kreisel

## **Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Roalnd Kreisel

## **Editorial program service of General News Agency:**

United Press Association, Inc.  
3651 Lindell Road, Suite D168  
Las Vegas, NV 89103, USA  
(702) 943.0321 Local  
(702) 943.0233 Facsimile  
[info@unitedpressassociation.org](mailto:info@unitedpressassociation.org)  
[info@gna24.com](mailto:info@gna24.com)  
[www.gna24.com](http://www.gna24.com)